



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 25/87

Berlin

54. Jahrgang

19. Juni 1987

**Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung
in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000****Ausgangsbedingungen**

Informationen zur konjunkturellen Entwicklung sind keine hinreichende Grundlage für Entscheidungen, die die Zukunft betreffen. Dies gilt für Unternehmen und private Haushalte ebenso wie für die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger. Unerlässlich sind daher Vorstellungen auch über die längerfristigen Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung. Das DIW hat vor drei Jahren gesamtwirtschaftliche Szenarien in quantitativer Form vorgelegt; sie hatten das Jahr 1983 als Basis und reichten bis 1990¹. Bezieht man die jüngsten Prognosen des DIW für 1987 in die Betrachtung ein², so läßt sich damit mehr als die Hälfte dieser Periode relativ gut überblicken. Es liegt daher nahe, die damaligen Überlegungen auf ihren Gehalt hin zu prüfen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Für einen Vergleich mit der bisherigen Entwicklung ist das damalige Referenzszenario herangezogen worden. Referenzszenarien beschreiben einen Entwicklungspfad, der sich ergibt, wenn die erkennbaren Entwicklungsperspektiven unverändert fortbestehen. Gemeint ist damit nicht nur das Fortwirken der für die Vergangenheit festgestellten Tendenzen. Einbezogen werden müssen auch erkennbare Trendbrüche sowie eine Bewertung von Zukunftsvorstellungen anderer Stellen, die häufig mit den erwarteten Entwicklungsbedingungen nur schwer vereinbar sind. In sie fließen Wandlungen in den Wertvorstellungen der gesellschaftlichen Gruppen ebenso ein wie Willenserklärungen der wirtschaftspolitischen Akteure. Derartige Referenzszenarien werden auch als Status-Quo-Prognosen bezeichnet.

Die Ergebnisse dieses Vergleichs zeigen, daß in den Jahren 1984 bis 1987 die durchschnittliche Wachstumsrate für das Sozialprodukt, wie sie im damaligen Referenzszenario angenommen wurde, übertroffen worden ist: Statt 1,9 vH werden es 2,2 vH sein. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese Periode von der Aufschwungphase des Konjunkturzyklus geprägt worden ist; die konjunkturelle Abschwächung, die schon im vergangenen Jahr einsetzte, wird dazu führen, daß sich die 1984 vorgelegte Trendprognose bis 1990 als weitgehend zutreffend erweist.

Insgesamt war die Periode 1984 bis 1987 vor allem durch nicht vorhersehbare Entwicklungen im Außenwirtschaftsbereich geprägt. Einer starken Abwertung der D-Mark folgte eine DM-Aufwertung. Diese führte 1986 zusammen mit dem Ölpreisverfall zu kräftig sinkenden Einfuhrpreisen mit der Folge, daß das Niveau der Einfuhrpreise von 1983 um 6 Indexpunkte unterschritten worden ist. Dies hat sich auch auf das inländische Preisniveau und auf die Ausfuhrpreise ausgewirkt. Das Wachstum der Exporterlöse blieb daher mit 4 vH im Jahresdurchschnitt um mehr als 2 Prozentpunkte hinter der seinerzeit prognostizierten Zuwachsrate zurück. Zu konstanten Preisen in D-Mark gerechnet, entsprach das erreichte Exportwachstum von 3,1 vH weitgehend den damaligen Prognosen. Hinter dieser Durchschnittsrate verbergen sich al-

¹ Längerfristige Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: J. Blazejczak, W. Kirner u. H.-J. Krupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/84, S. 355 ff.

² Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1987/88. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/87 vom 25.6.1987.

Tabelle 1

Verwendung des Bruttosozialprodukts
Ergebnisse des Referenzszenarios 1984
und bisherige Entwicklung

Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH

	Referenz- szenario 1984 ¹⁾ 1990/1983	bisherige Entwicklung ²⁾ 1987/1983
zu jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	4,1	3,8
Staatsverbrauch	3,8	4,5
Bruttoinvestitionen	5,6	3,8
Anlageinvestitionen d. Unternehmen	6,0	3,2
Anlageinvestitionen d. Staates	4,1	4,1
Güterverwendung im Inland	4,4	3,9
Ausfuhr	6,3	4,1
Güterverwendung insgesamt	4,9	4,0
Einfuhr	6,2	2,1
nachrichtlich: Außenbeitrag in Mrd. DM im Endjahr der Periode	(66)	(88)
zu konstanten Preisen ³⁾		
Privater Verbrauch	1,5	2,6
Staatsverbrauch	1,0	2,4
Bruttoinvestitionen	2,8	2,0
Anlageinvestitionen d. Unternehmen ⁴⁾	3,7	3,5
Anlageinvestitionen d. Staates	1,2	-2,0
Wohnbauten	1,8	-2,8
Güterverwendung im Inland	1,7	2,4
Ausfuhr	3,4	3,1
Güterverwendung insgesamt	2,1	2,6
Einfuhr	3,0	4,0
Bruttosozialprodukt	1,9	2,2
Preisniveau ⁵⁾		
Güterverwendung im Inland	2,7	1,5
Ausfuhr	2,8	1,0
Güterverwendung insgesamt	2,7	1,3
Einfuhr	3,0	-1,9
nachrichtlich: Terms of Trade	-0,2	2,9
Bruttosozialprodukt	2,6	2,8

¹⁾ Wochenbericht des DIW, Nr. 30/84. — ²⁾ Vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 26/87. — ³⁾ 1990/1983: Zu Preisen von 1976; 1987/1983: Zu Preisen von 1980. — ⁴⁾ Ohne Wohnbauten. — ⁵⁾ 1990/1983: 1976=100; 1987/1983: 1980=100.

lerdings — der Kursentwicklung folgend — erhebliche Schwankungen in der Ausfuhrentwicklung; einem Plus von 8 vH im Jahresdurchschnitt 1984/85 folgen Minusraten von 0,5 und 2,5 vH in den Jahren 1986 und 1987.

Während sich die reale Ausfuhr etwa so wie seinerzeit prognostiziert erhöht hat, bewirkte der Rückgang der Einfuhrpreise eine Beschleunigung des realen Einfuhranstiegs. Die Abweichung nach oben von einem Prozentpunkt gegenüber dem damals prognostizierten Trend war jedoch im Verhältnis zu den Wirkungen der Einfuhrpreise verhältnismäßig gering, so daß die Ausgaben für impor-

tierte Güter und Dienste mit 2 vH im Jahresdurchschnitt beträchtlich schwächer zunahmen, als seinerzeit prognostiziert worden war (+6 vH). Auch hier verdeckt die Durchschnittsbetrachtung die Dramatik des konjunkturellen Verlaufs: Im Jahr 1986 lag der Wert der Einfuhr um fast 50 Mrd. DM unter dem Niveau von 1985, er wird auch 1987 nicht höher sein. Dies wird zur Folge haben, daß der nominale Außenbeitrag 1987 um mehr als 20 Mrd. DM größer sein wird, als seinerzeit für das Jahr 1990 prognostiziert worden ist.

Die Verbilligung der Einfuhren hat dazu geführt, daß für die gesamte inländische Güterverwendung der jahresdurchschnittliche Preisanstieg in den Jahren 1984 bis 1987 mit 1,5 vH nur etwas mehr als halb so groß sein wird, wie im damaligen Referenzszenario angenommen wurde (2,7 vH).

Da die Entwicklung der nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ziemlich genau den damals angenommenen Trendraten entspricht, ist diese Abschwächung des Preisanstiegs voll den Realeinkommen und damit dem realen privaten Verbrauch zugute gekommen. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Verbrauchs liegt mit rund 2,5 vH um einen Prozentpunkt über der damals vorausgeschätzten Trendrate. Preisbereinigt hat auch die reale Staatsnachfrage um mehr als einen Prozentpunkt stärker zugenommen.

Die Hoffnungen, daß es in den zurückliegenden Jahren des Aufschwungs zu einer höheren als der prognostizierten Wachstumsrate von real 3,7 vH für die Anlageinvestitionen der Unternehmen kommen werde, haben sich nicht bestätigt. Über den Trend hinausgehende Investitionsschübe hat es nicht gegeben. Statt dessen sind es im Jahresdurchschnitt 84/87 real nur 3,5 vH geworden, d.h. nur so viel, wie auch im damaligen Referenzszenario angenommen worden ist.

Damit stellen sich die Ausgangsbedingungen für die Entwicklung in den nächsten Jahren nicht günstig dar:

- Das Wachstum des Sozialprodukts in der Aufschwungphase war so niedrig, daß man von einem Aufschwung im üblichen Sinne nicht sprechen kann. Deshalb konnte auch die Arbeitslosigkeit nicht in nennenswertem Ausmaß abgebaut werden. Wir gehen in eine Phase schwachen Wirtschaftswachstums mit einem Sockel von mehr als 2 Millionen Arbeitslosen.
- Die Aufschwungphase im Investitionszyklus ist für einen innovativen Schub mit flankierenden Umweltschutzmaßnahmen nicht genügend genutzt worden, in der Abschwächungsphase sind die Aussichten dafür eher gering.
- Im Außenwirtschaftsbereich stehen noch Anpassungen an die veränderte Dollarparität bevor. Hinzu kommen ungelöste weltwirtschaftliche Probleme, wie die Verschuldungskrise der Dritten Welt.
- Auch im konsumtiven Bereich wird sich der Preisanstieg wieder beschleunigen, so daß mit einer anhal-

Tabelle 2

Verwendung des Bruttosozialprodukts zu jeweiligen Preisen
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Privater Verbrauch	495,4	840,8	1 081,1	1 244	1 542	1 862
Staatsverbrauch	163,2	297,8	383,1	450	566	705
Bruttoinvestitionen	231,8	349,6	378,5	447	577	715
Anlageinvestitionen der Unternehmen	184,1	282,7	330,0	390	493	616
Anlageinvestitionen des Staates	35,1	53,1	45,9	54	67	83
Güterverwendung im Inland	890,3	1 488,2	1 842,6	2 141	2 685	3 282
Ausfuhr	217,1	422,3	634,8	707	932	1 230
Güterverwendung insgesamt	1 107,3	1 910,5	2 477,5	2 848	3 617	4 512
Einfuhr	188,4	425,3	528,5	631	851	1 123
nachrichtlich: Außenbeitrag	28,6	-3,0	106,4	76	82	107
Bruttosozialprodukt	918,9	1 485,2	1 949,0	2 217	2 766	3 388
Jahresdurchschnittliche Veränderungsraten in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Privater Verbrauch		7,9	4,3	3,6	4,4	3,8
Staatsverbrauch		9,0	4,3	4,1	4,7	4,5
Bruttoinvestitionen		6,1	1,3	4,3	5,2	4,4
Anlageinvestitionen der Unternehmen		6,3	2,6	4,3	4,8	4,6
Anlageinvestitionen des Staates		6,1	-2,4	4,3	4,4	4,2
Güterverwendung im Inland		7,6	3,6	3,8	4,6	4,1
Ausfuhr		10,0	7,0	2,7	5,7	5,7
Güterverwendung insgesamt		8,1	4,4	3,6	4,9	4,5
Einfuhr		12,3	3,7	4,6	6,1	5,7
Bruttosozialprodukt		7,1	4,6	3,3	4,5	4,1
<i>Quellen:</i> 1973, 1980 und 1986: Statistisches Bundesamt; danach Prognose des DIW. — Abweichungen in Summen, Preisindizes und jahresdurchschnittlichen Veränderungsraten durch Runden bedingt.						

tenden Begünstigung der Realeinkommensentwicklung von dieser Seite nicht zu rechnen ist.

Künftige Entwicklungspfade im Referenzszenario

Unter Berücksichtigung dieser Ausgangsbedingungen wird hier ein aktualisiertes Referenzszenario für die Zeit bis zum Jahr 2000 vorgelegt. Wie bisher stützen sich die Überlegungen auf Ergebnisse des DIW-Langfristmodells, für das eine aktualisierte Version auf der Basis der jüngsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erarbeitet wurde. Die Ergebnisse dieses Modells wurden in den Fällen ergänzt und modifiziert, in denen die Übertragung geschätzter Zusammenhänge aus der Vergangenheit in die Zukunft zu unplausiblen Ergebnissen führt. Besondere Aufmerksamkeit erfordert hier die Verzahnung der konjunkturellen Entwicklung mit den Perspektiven für die neunziger Jahre.

In dem neuen Referenzszenario mit der Basis 1986 mußte vor allem berücksichtigt werden, daß in den ersten Jahren des Prognosezeitraums von der Außenwirtschaft

und den Anlageinvestitionen der Wirtschaft Abschwächungstendenzen ausgehen werden. Die weiterhin relativ günstige Entwicklung des privaten Verbrauchs im Gefolge von Steuersenkungen wird nicht ausreichen, um bis zum Ende des Jahrzehnts eine im Vergleich zu den Jahren bis 1986 deutliche Abschwächung des Produktionswachstums zu verhindern. Nach diesen Berechnungen ist für die Periode 1987/90 ein jahresdurchschnittliches Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 1,3 vH zu erwarten. Für die Periode 1984/90 wird das Produktionswachstum mit 1,8 vH im Jahresdurchschnitt ziemlich genau dem entsprechen, was im damaligen Referenzszenario angenommen worden ist (1,9 vH).

Außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auch in Zukunft wird die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wesentlich von den außenwirtschaftlichen Bedingungen bestimmt werden. Für die Ausfuhr kommt es in erster Linie auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Partnerländern an. Ein Indikator dafür ist der

Tabelle 3

Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Privater Verbrauch	687,0	840,8	903,5	971	1 084	1 186
Staatsverbrauch	243,7	297,8	323,5	345	375	408
Bruttoinvestitionen	335,2	349,6	330,3	351	408	456
Anlageinvestitionen der Unternehmen	264,8	282,7	282,7	303	345	389
ohne Wohnbauten	157,3	182,1	195,8	216	255	297
Wohnbauten	107,5	100,6	87,0	87	90	92
Anlageinvestitionen des Staates	52,1	53,1	41,4	45	50	55
Güterverwendung im Inland	1 265,8	1 488,2	1 557,2	1 667	1 867	2 049
Ausfuhr	310,6	422,3	543,1	578	694	835
Güterverwendung insgesamt	1 576,4	1 910,5	2 100,3	2 245	2 560	2 885
Einfuhr	302,3	425,3	481,9	542	658	788
nachrichtlich: Außenbeitrag	8,3	-3,0	61,2	35	36	48
Bruttosozialprodukt	1 274,1	1 485,2	1 618,4	1 702	1 903	2 097
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Privater Verbrauch		2,9	1,2	1,8	2,2	1,8
Staatsverbrauch		2,9	1,4	1,6	1,7	1,7
Bruttoinvestitionen		0,6	-0,9	1,5	3,1	2,2
Anlageinvestitionen der Unternehmen		0,9	0,0	1,8	2,6	2,4
ohne Wohnbauten		2,1	1,2	2,5	3,4	3,1
Wohnbauten		-0,9	-2,4	0,1	0,5	0,5
Anlageinvestitionen des Staates		0,3	-4,0	2,0	2,0	2,0
Güterverwendung im Inland		2,3	0,8	1,7	2,3	1,9
Ausfuhr		4,5	4,3	1,6	3,7	3,8
Güterverwendung insgesamt		2,8	1,6	1,7	2,7	2,4
Einfuhr		5,0	2,1	3,0	3,9	3,7
Bruttosozialprodukt		2,2	1,4	1,3	2,3	2,0
<i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2.						

Volumenindex der Weltausfuhr. Hier ist bis 1990 eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrates von 2,5 vH angenommen worden. Diese Rate ist geringer als in den letzten Jahren, aber immer noch sehr viel höher als in früheren Phasen schwacher Weltkonjunktur. Für die neunziger Jahre ist wieder mit einer Wachstumsrate von 3,5 vH jährlich gerechnet worden.

Hinzu kommen die bisher noch nicht abgeschlossenen Anpassungen der Ausfuhr an die DM-Aufwertung. Sie werden das Bild in den nächsten Jahren bestimmen. Erst danach ist wieder mit einem Einschwenken der Ausfuhr auf den mittelfristigen Wachstumspfad zu rechnen, mit Zuwachsraten von 3,5 bis 4 vH. Für den Rest dieses Jahrzehnts wirkt sich beides, das angenommene verlangsamte Wachstum des Welthandelsvolumens wie auch der Wechselkurs der D-Mark, dämpfend auf die deutschen Exporte aus. Aus diesen Gründen wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Ausfuhr bis 1990 mit 1,5 vH weniger als halb so hoch sein.

Anhaltspunkte für die Preisentwicklung auf den Exportmärkten gibt der Durchschnittswertindex der Weltexporte auf Dollar-Basis. Sein jahresdurchschnittlicher Anstieg wird bis 1990 mit 4 vH angenommen. Darin drückt sich auch die Erwartung überdurchschnittlich steigender Mineralölpreise aus.

Die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar hat schon zu Beginn des Jahres zu einem Dollarkurs geführt, der nicht sehr weit entfernt ist von dem Wert, der hier für das Jahr 1990 geschätzt wurde. Mit dieser Entwicklung wurde bereits ein großer Teil der im Gefolge von Preisdifferenzen zu erwartenden trendmäßigen Aufwertung vorweggenommen. Die DM-Dollar-Parität wird daher 1990 etwa dem für 1987 zugrunde gelegten Durchschnittswert (1,80) entsprechen. Für die neunziger Jahre ist wieder mit einer leichten aber nur nominalen Aufwertungstendenz für die D-Mark gegenüber dem Dollar zu rechnen. Diese Entwicklung wird sich allerdings nur in einem allenfalls schwach steigenden An-

Tabelle 4

Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts
1980=100

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Güterverwendung im Inland	70,3	100,0	118,3	128,4	143,8	160,1
Ausfuhr	69,9	100,0	116,9	122,4	134,4	147,2
Güterverwendung insgesamt	70,2	100,0	118,0	126,9	141,3	156,4
Einfuhr	62,3	100,0	109,7	116,4	129,4	142,6
nachrichtlich: Terms of Trade	112,1	100,0	106,6	105,2	103,9	103,3
Bruttosozialprodukt	72,1	100,0	120,4	130,2	145,4	161,6
Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Güterverwendung im Inland		5,2	2,8	2,1	2,3	2,2
Ausfuhr		5,3	2,6	1,2	1,9	1,9
Güterverwendung insgesamt		5,2	2,8	1,8	2,2	2,1
Einfuhr		7,0	1,6	1,5	2,1	2,0
nachrichtlich: Terms of Trade		-1,6	1,1	-0,3	-0,3	-0,1
Bruttosozialprodukt		4,8	3,2	2,0	2,2	2,1
<i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2.						

teil der Warenausfuhr der Bundesrepublik am Welthandelsvolumen nach 1990 niederschlagen.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist damit zu rechnen, daß die Elastizität der Einfuhr in bezug auf die gesamte Güterverwendung eher etwas geringer sein wird als in der Vergangenheit. Die Einfuhr von Rohöl und Mineralölzerzeugnissen dürfte aufgrund technischer Gegebenheiten und aufgrund von Verhaltensänderungen im Prognosezeitraum nicht mehr zunehmen. Aus diesen Annahmen ergibt sich für das gesamte Einfuhrvolumen von 1990 bis 2000 eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von 3,8 vH.

Angesichts der zu erwartenden Stabilisierung der Einfuhrpreise und der tendenziell eher zunehmenden Probleme deutscher Exporteure auf den Weltmärkten werden die Terms of Trade 1987 auf ihrem hohen Niveau verharren. Für die Zeit danach ist zu erwarten, daß dieses Niveau abbröckelt. Damit sind die Voraussetzungen für eine längerfristige Verringerung des Anteils des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt gegeben. Zu jeweiligen Preisen gerechnet wird er 1990 bei 3,5 vH und im Endjahr des Prognosezeitraums nur wenig über 3 vH liegen, das sind mehr als zwei Prozentpunkte weniger als 1986 (5,3 vH).

Investitionen der Unternehmen

Für die nächsten Jahre ist eine merkliche Abschwächung im Wachstum der Investitionstätigkeit der Unternehmen zu befürchten. Vergleicht man die hier ermittelten Ergebnisse für das Referenzszenario mit Einschätzungen

des Ifo-Instituts bis Anfang der neunziger Jahre, so liegen sie etwa in der Mitte der dort prognostizierten Spanne: Ifo nimmt für die realen Anlageinvestitionen der Wirtschaft in der Periode 1987 bis 1991 im ungünstigen Fall ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 1 vH und unter günstigen Umständen von 3 vH an³. Im Referenzszenario wird für 1987 bis 1990 ein durchschnittliches Wachstum von 2,5 vH zugrunde gelegt. Die Schätzungen für den Wohnungsbau weichen von den Ifo-Prognosen allerdings deutlich nach unten ab, so daß sich für die Unternehmen insgesamt eine geringere Wachstumsrate ergibt (1,8 vH).

Zu dieser Entwicklung trägt auch die Steuersenkung 1988 bei. Ursprünglich wurden in erster Linie höhere Einkommen begünstigt; durch die vorgezogenen Teile aus der für 1990 geplanten Steuerreform werden diese Effekte jedoch weitgehend nivelliert. Die von der Steuersenkung ausgehenden Nachfragewirkungen werden jedoch nicht ausreichen, um eine Belebung der Investitionstätigkeit über das hier prognostizierte Maß hinaus zu initiieren. Erst in den neunziger Jahren werden verbesserte Absatzwartungen wieder zu Investitionswachstumsraten von über 3 vH im Jahresdurchschnitt führen.

Von Bedeutung für die Umsetzung geplanter Investitionsprojekte sind auch die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen. In den letzten Jahren hat die Selbstfinanzierungsquote bei den Unternehmensinvestitionen stark zugenommen. Dies gilt sowohl für die Bruttorech-

³ W. Gerstenberger: Investitionskonjunktur gerät in kritisches Fahrwasser, in: Ifo-Schnelldienst Nr. 28, 1986, S. 9.

Tabelle 5

Finanzierung der Investitionen im Unternehmensbereich¹⁾
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Fremdmittel insgesamt	71,9	95,6	26,7	48	80	99
Finanzierungssaldo der privaten Haushalte	72,3	107,9	124,3	132	167	198
Finanzierungssaldo des Staates (- : Defizit)	11,0	- 43,0	- 24,1	- 52	- 59	- 58
Saldo der laufenden Rechnung ²⁾ (- : Überschuß)	- 11,4	30,7	- 73,5	- 33	- 28	- 41
Eigenmittel insgesamt	124,7	200,4	305,9	345	429	534
Abschreibungen	89,9	164,3	225,9	271	338	422
Vermögensübertragungen (Saldo)	21,4	37,7	46,2	48	53	60
Nichtentnommene Gewinne	13,4	- 1,5	33,9	26	39	52
Bruttoinvestitionen	196,6	296,0	332,6	393	510	633
Nachrichtlich:						
Eigenmittel in vH der Bruttoinvestitionen	63,4	67,7	92,0	87,8	84,2	84,4
Vermögensübertragungen und nichtentnommene Gewinne in vH der Nettoinvestitionen	32,6	27,4	75,0	60,6	53,2	53,2
1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. — 2) Leistungsbilanz in der Abgrenzung der VGR. Quellen: Siehe Tabelle 2.						

nung einschließlich der Abschreibungen als auch für die Nettorechnung, bei der die nichtentnommenen Gewinne und der Saldo der Vermögensübertragungen an Unternehmen zu den Nettoinvestitionen in Beziehung gesetzt werden. Diese Relation hat 1986 einen Wert von 75 vH erreicht gegenüber 27 vH (1980) und 33 vH (1973). Brutto lag die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmensinvestitionen 1986 bei über 90 vH.

Im Vergleich zu den Verhältnissen in der Vergangenheit werden sich die außergewöhnlich guten Bedingungen für die Selbstfinanzierung der Investitionen, wie sie in den letzten Jahren zu verzeichnen waren, nicht ganz halten lassen. Sie werden jedoch weiterhin günstig bleiben, obwohl im Zuge von Subventionsbereinigungen auch die in den Vermögensübertragungen enthaltenen Investitionszuschüsse abgeschwächt zunehmen werden. Betrachtet man nur die nichtentnommenen Gewinne, so wird ihr Anteil an den Nettoinvestitionen der Unternehmen im Jahr 2000 nur um 5 Prozentpunkte geringer sein als 1986 (30 vH).

Unter diesen Voraussetzungen ist zu erwarten, daß die Entwicklung des Volumens der Anlageinvestitionen der Unternehmen in den neunziger Jahren wieder an die mittelfristige Trendrate anschließt und die Investitionen mit durchschnittlichen Jahresraten von reichlich 3 vH zunehmen.

Die Investitionen in Wohnbauten werden künftig kaum mehr als stagnieren. Dabei werden Investitionen in den Bestand weiter an Gewicht gewinnen. Innerhalb des Neubaus zeichnen sich für Wohnungseigentum weiterhin die besseren Entwicklungsperspektiven ab. Insgesamt ist für die Wohnungsbauinvestitionen von 1987 an ein jahresdurchschnittlicher Anstieg von 0,5 vH angenommen worden.

Einnahmen und Ausgaben des Staates

Die Prognose der staatlichen Aktivitäten ist in einem Referenzszenario immer mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einmal müssen die Willenserklärungen der wirtschaftspolitischen Instanzen über den künftigen Kurs der Finanzpolitik berücksichtigt werden. Zum anderen ist es notwendig, sich Vorstellungen darüber zu verschaffen, welchen Realitätsgehalt solche Absichtserklärungen haben. Dies ist insbesondere dann schwierig, wenn die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von derjenigen abweicht, die die wirtschaftspolitischen Instanzen ihren Planungen zugrunde gelegt haben.

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion geht es dabei vor allem um die steuerliche Entlastung 1988. In ihrer ursprünglichen Ausgestaltung sollte sie zu Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer in der Größenordnung von 8 Mrd. DM führen. Hinzu kommt ein Paket von 5 Mrd. DM aus der für 1990 geplanten Reform, das in das Jahr 1988 vorgezogen werden soll. Weit weniger deutlich sind die Konturen der Reform für das Jahr 1990. Sie beginnen zunehmend auch deshalb zu verschwimmen, weil inzwischen klar geworden ist, daß im Zuge der Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung erhebliche Abstriche auch bei den Steuereinnahmen nach geltendem Recht gemacht werden müssen.

Bei den Größenordnungen, um die es sich dabei handelt, wäre der defizitären Entwicklung auch kaum durch Kürzungen bei den Ausgaben beizukommen, wie auch immer man solche Strategien unter konjunkturellem Aspekt zu bewerten hätte. Zu erwarten sind damit schon im nächsten Jahr staatliche Finanzierungsdefizite in einer Größenordnung von 50 Mrd. DM; dies ist weit mehr, als in amtlichen Verlautbarungen noch vor kurzem verkündet worden ist.

Damit ist der Prognostiker vor die Aufgabe gestellt, Verhaltensweisen der finanzpolitischen Instanzen in Reaktion auf diese Ausgangslage zu antizipieren. Wahrscheinlich wird es zu keinen rigorosen Kürzungen bei den Ausgaben kommen. Auch bei den Subventionsausgaben wird bis 1990 nur Stagnation zu erreichen sein; schon dies erfordert sehr viel mehr Ausgabendisziplin als bisher. Andererseits ist auch nicht damit zu rechnen, daß bei einem Staatshaushalt, für den 1988 ein Finanzierungsdefizit von etwa 50 Mrd. DM zu erwarten ist, schon zwei Jahre danach eine Steuerreform verwirklicht wird, die zunächst das Finanzierungsdefizit um weitere erhebliche Milliardenbeträge hochschrauben würde. Abstriche an der Steuerreform sind daher wahrscheinlich. Möglicherweise werden auch Überlegungen an Bedeutung gewinnen, sich stärker als bisher an der Steuerreform der Vereinigten Staaten zu orientieren, die im Prinzip aufkommensneutral angelegt ist.

Dabei geht es nicht so sehr um die Größenordnung der Entlastung bei den direkten Steuern, sondern um den Saldo, der sich unter Berücksichtigung der Finanzierungsmodalitäten dieser Steuerreform ergibt. Es erscheint nicht als unrealistisch, dabei die folgenden Annahmen zu treffen:

- Zu Einsparungen bei den ausgabewirksamen Subventionen, die über ein Einfrieren auf dem Niveau von 1986 hinausgehen, wird es nicht kommen.
- Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wird zu einem wesentlichen Teil durch einen Abbau von Vergünstigungen im Bereich der direkten Steuern finanziert werden. Per Saldo wird sich die Zuwachsrates bei den direkten Steuern im Vergleich zum geltenden Recht etwa halbieren.
- Im Jahre 1990 kommt es zu einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt.

Per Saldo wird es damit bis 1990 im Vergleich zu 1986 nur zu einer geringfügigen Reduzierung der Steuerquote kommen. Das staatliche Finanzierungsdefizit wird sich weiter in der Größenordnung von 50 Mrd. DM bewegen.

Im Vergleich zu diesen Finanzierungsmodalitäten der Steuerreform verspricht ein Versuch, stärkere Steuersenkungen durch massive Ausgabenkürzungen zu finanzieren, angesichts der gesamtwirtschaftlichen Situation im letzten Drittel der achtziger Jahre wenig Erfolg. Wenn es nicht gelingt, die Nachfrage des Staates, die Ausgaben für Investitionen, Personal und Sachmittel also, auf dem hier angenommenen Entwicklungspfad von 4 vH zu stabilisieren, sind negative Rückwirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Wachstumspfad und damit letzten Endes auch auf die Finanzierungsposition der öffentlichen Haushalte kaum zu vermeiden. Insofern setzen die hier getroffenen Annahmen die Einsicht voraus, daß bei einer Abkehr von diesem Pfad auch die erwünschten Wirkungen der Steuersenkung nicht eintreten würden.

Eine Schlüsselstellung haben hier die staatlichen Investitionen. Die Investitionsgüterkäufe des Staates waren in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erheblich reduziert worden; 1986 wurde das Niveau von 1980 noch um 23 vH unterschritten. Im Referenzszenario wird angenommen, daß der aufgestaute Nachholbedarf bei einer Trendwachstumsrate von real 2 vH wenigstens teilweise gedeckt wird. Bis 1990 wird die jährliche Zuwachsrates etwas darüber liegen. Dabei wird Ende der neunziger Jahre das Investitionsvolumen der Gebietskörperschaften etwa so hoch sein wie 1980.

Die Zahl der Beschäftigten beim Staat hat bis in die jüngste Vergangenheit zugenommen. Von 1980 bis 1986 wurden Jahr für Jahr fast 40 000 Personen mehr beschäftigt. Dies ist in erster Linie durch die Ausweitung der Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen erreicht worden. Hier wurde angenommen, daß dieser Trend, wenn auch abgeschwächt, anhält.

Die Steigerungsrates der Einkommen je Beschäftigten beim Staat sind schon seit längerem hinter denen im privaten Bereich zurückgeblieben. In den letzten zehn Jahren betrug die Differenz jährlich etwa anderthalb Prozentpunkte. Dies ist auch durch die Zunahme der Teilzeitarbeit bedingt. Die darüber hinausgehenden Differenzen im Lohnanstieg werden jedoch kaum Bestand haben. Auch wenn der Abstand in den Zuwachsrates sich verringert, kann man damit rechnen, daß die Lohnsätze im öffentlichen Dienst künftig etwas schwächer steigen werden als in der Wirtschaft. Dies hat im wesentlichen strukturelle Gründe. Wird das Dienstleistungsangebot im staatlichen Sektor ausgeweitet, sind hier insbesondere zusätzliche Arbeitsplätze im mittleren Bereich erforderlich, auch dann, wenn ein Hochschulabschluß vorausgesetzt wird. Dies ist eine unvermeidliche Konsequenz aus der Bildungsexpansion. Die Erhöhung des Anteiles von Hochschulabsolventen an einem Geburtsjahrgang von etwa 7 Prozent am Ausgang der sechziger Jahre auf etwa 20 Prozent heute ist nur vertretbar, wenn in entsprechendem Umfang mittlere Positionen für Hochschulabsolventen geschaffen werden. Dies ist im übrigen auch ein Gebot leistungsbezogener Verteilungsgerechtigkeit. Dieser allmähliche Abbau des Einkommensvorsprungs der Hochschulabsolventen im Staatsdienst bewirkt, daß die Durchschnittseinkommen der Staatsbediensteten schwächer steigen als die der Beschäftigten in der Wirtschaft. Im Ergebnis werden die durchschnittlichen Bruttojahreseinkommen je Beschäftigten beim Staat, die 1986 noch deutlich über denen des privaten Bereichs gelegen hatten, diesen im Jahr 2000 etwa entsprechen.

Von den Sachgüterkäufen des Staates zu konstanten Preisen entfällt reichlich die Hälfte auf Leistungen der Sozialversicherung. Von Gewicht ist hier insbesondere das Gesundheitswesen. Aufgrund der Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit und angesichts der voraussehbaren Entwicklung der Bevölkerungsstruktur, bei der der Anteil von Personen mit überdurchschnittlicher Krankheitshäu-

Tabelle 6

Einnahmen und Ausgaben des Staates
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Einnahmen						
Steuern	236,9	381,1	473,4	534	663	828
Direkte Steuern	115,8	187,8	237,1	257	330	433
Indirekte Steuern	121,1	193,4	236,3	277	333	395
Sozialbeiträge	133,6	248,6	336,8	395	507	638
Vermögenseinkünfte	10,8	16,8	34,8	29	32	34
Sonstige laufende Übertragungen	7,3	16,2	22,8	24	30	38
Einnahmen insgesamt	388,6	662,7	867,8	982	1 232	1 538
Ausgaben						
Staatsverbrauch	163,2	297,8	383,1	450	566	705
Zinsen	10,2	28,6	57,6	67	89	110
Laufende Übertragungen	159,3	309,1	392,9	451	560	690
an Unternehmen	20,5	34,3	44,8	46	54	65
an private Haushalte	127,7	252,9	316,7	367	459	567
an die übrige Welt	11,1	21,9	31,4	38	47	58
Vermögensübertragungen (Saldo)	14,4	26,1	26,0	27	29	33
Nettoinvestitionen	30,5	44,1	32,3	38	47	58
Bruttoinvestitionen	35,1	53,6	45,9	54	67	83
Abschreibungen	4,7	9,5	13,6	16	20	25
Ausgaben insgesamt	377,6	705,7	891,9	1 033	1 291	1 596
Finanzierungssaldo	11,0	- 43,0	- 24,1	- 52	- 59	- 58
Nachrichtlich:						
Steuern in vH des Bruttosozialprodukts	25,8	25,7	24,3	24,1	24,0	24,4
Nachfrage des Staates in vH des Bruttosozialprodukts	21,1	23,0	21,3	22,0	22,2	22,5
Ausgaben insgesamt in vH des Bruttosozialprodukts	41,1	47,5	45,8	46,6	46,7	47,1
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Einnahmen						
Steuern		7,0	3,7	3,1	4,4	4,5
Direkte Steuern		7,2	4,0	2,0	5,1	5,6
Indirekte Steuern		6,9	3,4	4,0	3,8	3,4
Sozialbeiträge		9,3	5,2	4,0	5,1	4,7
Vermögenseinkünfte		6,5	12,9	- 4,7	2,1	1,5
Sonstige laufende Übertragungen		12,1	5,9	1,7	4,5	4,3
Einnahmen insgesamt		7,9	4,6	3,1	4,7	4,5
Ausgaben						
Staatsverbrauch		9,0	4,3	4,1	4,7	4,5
Zinsen		15,9	12,4	3,9	5,9	4,2
Laufende Übertragungen		9,9	4,1	3,5	4,4	4,3
an Unternehmen		7,6	4,6	0,5	3,3	3,8
an private Haushalte		10,3	3,8	3,8	4,6	4,3
an die übrige Welt		10,2	6,2	4,9	4,6	4,2
Vermögensübertragungen (Saldo)		8,8	0,0	0,7	1,4	2,8
Nettoinvestitionen		5,4	- 5,1	4,4	4,3	4,1
Bruttoinvestitionen		6,2	- 2,6	4,3	4,4	4,2
Abschreibungen		10,7	6,2	4,0	4,6	4,4
Ausgaben insgesamt		9,4	4,0	3,7	4,6	4,3
<i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2.						

figkeit zunimmt, ist für die Zukunft ein Anstieg von jahresdurchschnittlich 2,5 vH angenommen worden. Das ist ein halber Prozentpunkt mehr als in den Jahren von 1981 bis 1986, aber deutlich weniger als in den letzten drei Jahren.

Auch die Verbrauchsgüterkäufe der Gebietskörperschaften sind in den letzten Jahren in realer Rechnung wieder mit Raten über 2 vH ausgeweitet worden. Angesichts der Bemühungen um eine Dämpfung des Ausgabenanstiegs ist nicht damit zu rechnen, daß diese Entwicklung anhält. Künftig ist für diese Käufe daher wieder mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 1 vH zu rechnen.

Die Preisentwicklung für Verbrauchsgüterkäufe des Staates lag bis zur Mitte der siebziger Jahre erheblich über derjenigen für die Güterverwendung im Inland. Anstrengungen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen haben seitdem zu einer gewissen Reduzierung, in einzelnen Jahren sogar zu einem Verschwinden dieser Differenz geführt. Für die Zukunft ist angenommen worden, daß der Preisanstieg wieder — wie zu Beginn der achtziger Jahre — etwa einen halben Prozentpunkt über dem der Güterverwendung im Inland liegen wird.

Der Staatsverbrauch zu jeweiligen Preisen wird damit nach 1990 mit jährlich 4,5 vH wieder stärker steigen als in den achtziger Jahren; zu konstanten Preisen ist für den Prognosezeitraum mit einer Wachstumsrate von 1,7 vH zu rechnen.

In unserem System der sozialen Sicherung entwickeln sich die Sozialbeiträge weitgehend parallel zu den Leistungen der Träger des Sozialversicherungssystems; diesen Zusammenhängen wird im Prognosesystem Rechnung getragen. Das größte Gewicht haben hier die Rentenversicherungen. Bereits in den letzten Jahren ist die bruttolohnbezogene Rentenformel praktisch außer Kraft gesetzt worden. Deshalb erschien es plausibel anzunehmen, daß sich die Renten parallel zu den durchschnittlichen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer entwickeln werden. Dabei ist offen, ob die Rentenformel geändert oder derselbe Effekt durch diskretionäre Festlegung der Rentenanpassungssätze erreicht wird. Die Rentenfälle werden sich bis zum Jahr 2000 um rund 2,3 Millionen auf mehr als 15 Millionen erhöhen. Wenn sich die Zuschüsse des Bundes weiterhin parallel zu den Rentenzahlungen entwickeln, ist bis zum Jahr 2000 eine Erhöhung des Beitragssatzes von derzeit knapp 19 vH auf 21,5 vH erforderlich.

In der gesetzlichen Krankenversicherung haben die Sachleistungen das größte Gewicht. Sie werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Verbrauchsgüterkäufe der Sozialversicherung verbucht. Diese Ausgaben wachsen nominal mit Jahresraten von über 5 vH. In der gleichen Größenordnung dürfte auch der Anstieg der Dienstleistungen im Gesundheitswesen liegen. Um sie zu finanzieren, sind entsprechende Zuwachsraten bei den Beitragssummen erforderlich. Bezieht man diese Be-

träge auf die Bemessungsgrundlage der Beiträge zur Rentenversicherung, so ergibt sich bis zum Jahr 2000 ein Anstieg der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung um etwa eineinhalb Prozentpunkte.

Bei der Entwicklung der Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung in den kommenden Jahren muß berücksichtigt werden, daß im Gefolge zunehmender Langzeitarbeitslosigkeit immer mehr Arbeitslose keinen Leistungsanspruch mehr haben, obwohl die Anspruchsvoraussetzungen für längerfristig Arbeitslose erweitert worden sind. Bei zunächst noch unverändert hoher Zahl von Arbeitslosen werden die Geldleistungen daher wesentlich schwächer zunehmen als in der Vergangenheit. In den neunziger Jahren wird sich die Zahl der Arbeitslosen verringern, doch steigt auch dann der Anteil derjenigen, die keinen Leistungsanspruch mehr haben, weiter. Unter diesen Umständen kann der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung selbst bei Anhebungen der Leistungen pro Arbeitslosen, die deutlich über den Anstieg der Bruttoeinkommen je Beschäftigten hinausgehen, bis zum Jahr 1990 auf 4 vH und bis zum Jahr 2000 auf 2 vH gesenkt werden. Dabei ist berücksichtigt, daß ein Teil der Beiträge zur Finanzierung anderer Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit dient. Den Einsparungen bei den Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung, die sich aus der Zunahme der Zahl langfristig Arbeitsloser ergibt, stehen allerdings vor allem in den ersten Jahren zusätzliche Ausgaben bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe gegenüber.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die gesamten Ausgaben des Staates in den Jahren bis 1990 etwa im gleichen Tempo zunehmen werden wie das Bruttosozialprodukt. Die Zunahme der Einnahmen wird um etwa einen halben Prozentpunkt dahinter zurückbleiben. Hier schlagen neben den Wirkungen der Steuersenkungen die auch absolut rückläufigen Erwerbseinkünfte zu Buche. In den neunziger Jahren wird die Zunahme der Staatsausgaben von der des Bruttosozialprodukts nur geringfügig nach oben abweichen; die Einnahmen werden etwas rascher expandieren als die Ausgaben. Bei dieser Konstellation von Einnahmen und Ausgaben wird das Finanzierungsdefizit des Staates bis zur Mitte der neunziger Jahre noch etwas zunehmen und dann auf dem erreichten Niveau verharren. Bezogen auf die Höhe der Staatsausgaben werden damit etwa 3,5 vH fremdfinanziert; 1982 waren es bei gleicher Höhe des Finanzierungsdefizits fast 7 vH, und 1990 wird dieser Anteil 5 vH der Staatsausgaben betragen.

Verfügbares Einkommen und privater Verbrauch

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte hat sich bisher auf dem Entwicklungspfad bewegt, der 1984 im damaligen Referenzszenario angenommen worden ist. Unterschiede zum damaligen Referenzszenario gibt es allerdings in der Entwicklung seiner Komponenten. Bei der

Tabelle 7

Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Nettolohn- und -gehaltsumme	316,7	487,2	563,5	648	805	957
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ¹⁾	149,3	255,4	390,7	439	543	655
Laufende Übertragungen (Saldo)	109,2	221,4	273,9	314	390	480
Verfügbares Einkommen	575,2	964,0	1 228,1	1 401	1 737	2 092
Privater Verbrauch	495,4	840,8	1 081,1	1 244	1 542	1 862
Ersparnis	79,8	123,2	147,0	157	195	230
Nachrichtlich:						
Sparquote	13,9	12,8	12,0	11,2	11,2	11,0
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Nettolohn- und -gehaltsumme		6,4	2,5	3,6	4,4	3,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ¹⁾		8,0	7,3	3,0	4,3	3,8
Laufende Übertragungen (Saldo)		10,6	3,6	3,5	4,4	4,3
Verfügbares Einkommen		7,7	4,1	3,3	4,4	3,8
Privater Verbrauch		7,9	4,3	3,6	4,4	3,8
Ersparnis		6,4	3,0	1,6	4,5	3,4
¹⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. <i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2.						

Nettolohn- und -gehaltsumme sind kaum Abweichungen zu verzeichnen. Dagegen hat sich das Verhältnis von Entnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen zu Transfereinkommen erheblich verschoben: Aufgrund der damals nicht vorhersehbaren Eingriffe in das System der sozialen Sicherung haben die den Haushalten netto zugeflossenen Transfereinkommen deutlich schwächer expandiert, als angenommen worden war. Der Entwicklungspfad der verfügbaren Einkommen ist somit nur deshalb gehalten worden, weil mehr Gewinn- und Vermögenseinkommen für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung standen.

Die Erfahrungen zeigen, daß die Sparquote kurzfristig erheblich schwanken kann. Mittelfristig wirken Struktureffekte, die von einem zunehmenden Anteil solcher Haushalte herrühren, die nur in geringem Umfang sparen, dämpfend auf die Sparquote. Dazu gehören Einpersonenhaushalte und Haushalte mit Arbeitslosen, die gezwungen sind, auf Ersparnisse zurückzugreifen. Der Anteil solcher Haushalte wird unter den Bedingungen des Referenzszenarios bis zum Ende des Prognosezeitraums hoch sein. Es ist daher anzunehmen, daß die Trendwerte der Sparquote nicht zunehmen, sondern in der Größenordnung liegen werden, die seit 1983 beobachtet worden ist.

Produktivität und Arbeitsmarkt

Bei der Schätzung der Beschäftigungswirkungen eines solchen Szenarios muß berücksichtigt werden, daß die Entwicklungspfade von Produktion, Arbeitsproduktivität und Beschäftigung in engem Zusammenhang zueinander stehen. Im Idealfall setzt sich jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität, worauf sie auch immer zurückzuführen sein mag, in höhere Produktion um und führt insofern nicht zu einer Verschlechterung der Beschäftigungslage. Andererseits muß es bei einer durch zusätzliche Nachfrage ausgelösten Produktionszunahme auch nicht zu zusätzlicher Beschäftigung kommen, weil Erhöhungen der Arbeitsproduktivität ausgelöst werden. Dieser Idealfall ist in der Wirklichkeit nicht zu beobachten. Gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte begrenzen den möglichen Nachfrageanstieg; mangelnder oder zu geringer Wettbewerb auf vielen Märkten verhindert, daß Produktivitätsfortschritte vollständig in zusätzliche Produktion umgesetzt werden. Die fehlende Bereitschaft von Unternehmern und Arbeitnehmern, sich den Herausforderungen des Strukturwandels zu stellen, führt dazu, daß die Anpassungsprozesse in der Volkswirtschaft nicht störungsfrei ablaufen. Die hohe Arbeitslosigkeit ist ein bedrückender Beleg dafür.

Dies heißt freilich, daß man sich nicht die einfache Vorstellung zu eigen machen darf, der Nachfragezuwachs

Tabelle 8

Arbeitsvolumen und Produktivität
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH

	1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Arbeitsvolumen	- 1,2	- 0,9	- 0,6	- 0,1	- 0,3
Zahl der Erwerbstätigen	- 0,3	- 0,4	- 0,1	0,4	0,2
Durchschnittl. jährl. Arbeitszeit	- 0,9	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Produktivität					
je Erwerbstätigen	2,5	1,8	1,3	1,9	1,7
je Arbeitsstunde	3,5	2,4	1,8	2,4	2,3
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	2,2	1,5	1,2	2,2	1,9
<i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2; bis 1986 Berechnungen der Arbeitszeit des IAB.					

sei gegeben, und Produktivitätszunahme und Arbeitszeitänderung steuerten die Beschäftigungsveränderung. Auch wenn die Zusammenhänge nicht so wie im Idealfall aussehen, gibt es eine wechselseitige Abhängigkeit zwischen den hier zu betrachtenden Größen Nachfrage und Produktion, Produktivität, Arbeitszeit und Beschäftigung.

Die Prognose dieser Zusammenhänge ist immer mit erheblichen Risiken verbunden. Dies gilt insbesondere für aggregierte Prognosemodelle, in denen die vom Wandel der Nachfrage- und Produktionsstruktur ausgehenden Einflüsse auf den Produktivitätspfad nicht im einzelnen berücksichtigt werden können.

In dem für die Prognose benutzten DIW-Langfristmodell ist, ausgehend von der Theorie der Unternehmung, die kostengünstigste Nachfrage nach Arbeitskräften in Abhängigkeit von der Nachfrageentwicklung, dem Kapitalstock, den relativen Preisen von Kapital und Arbeit und der durchschnittlichen Arbeitszeit geschätzt worden. Der technische Fortschritt wird dabei als kapitalgebunden angesehen. Wird die mit dieser Funktion geschätzte Zahl von Arbeitskräften zur Produktion in Beziehung gesetzt, so ergibt sich die Personenproduktivität und unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Arbeitszeit die Stundenproduktivität.

Mit diesem aggregierten Erklärungsansatz werden zwangsläufig nur diejenigen Struktureffekte auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität berücksichtigt, die in der Vergangenheit wirksam gewesen sind. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß künftig die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten zu solchen Dienstleistungen, bei denen das Produktivitätsniveau und der Spielraum für die Mobilisierung von Produktivitätsfortschritten geringer sind als in der Güterproduktion, schneller fortschreiten wird als in der Vergangenheit.

Per Saldo wirken diese Struktureffekte wohl eher dahin, daß auch auf mittlere Frist mit vergleichsweise moderaten Produktivitätsfortschritten zu rechnen ist. Sie werden wahrscheinlich unter den Raten liegen, die das DIW seinem damaligen Referenzszenario zugrunde gelegt hat.

Diese Einschätzung wird auch von der Entwicklung in den letzten Jahren bestätigt, in denen ein höheres Produktivitätswachstum mit Produktivitätssteigerungen einhergegangen ist, die — auf Stundenbasis gerechnet — unter der damaligen Trendrate gelegen haben. Das für 1987 und die nächsten Jahre zu erwartende schwache Wachstum läßt vermuten, daß bis 1990 diese Produktivitätswachstumsraten nicht mehr erreicht werden.

In den neunziger Jahren wird der Tertiarisierungsprozeß weiter voranschreiten. Die Produktivitätsfortschritte werden dabei zwar deutlich höher sein als in den letzten Jahren dieses Jahrzehnts, aber — auf Stundenbasis gerechnet — mit 2,4 vH spürbar unter der Trendrate liegen, die in dem damaligen Referenzszenario angenommen worden ist (2,8 vH).

Die Entwicklung seit Anfang der achtziger Jahre macht es wenig wahrscheinlich, daß es zu Arbeitszeitverkürzungen kommen wird, wie sie bis zum Ende der siebziger Jahre beobachtet werden konnten. Für das Referenzszenario sind daher geringere Arbeitszeitverkürzungen angenommen worden, die deutlich unter 1 vH jährlich liegen. Würden sie voll der Wochenarbeitszeit zugerechnet, käme es bis zum Jahr 2000 zu einer Verkürzung um 3 Stunden gegenüber dem jetzigen Niveau. Da die Flexibilisierung der Arbeitszeit zunehmen wird und Arbeitszeitverkürzungen verstärkt durch Teilzeitarbeit zustandekommen, werden die Auswirkungen auf die tarifliche Wochenarbeitszeit geringer sein.

Die in wechselseitiger Abhängigkeit stehende Entwicklung von Nachfrage, Produktivität und Arbeitszeit führt unter diesen Voraussetzungen bis zum Jahre 1990 nicht zu einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen. Bis zum Jahr 2000 ist mit einer Mehrbeschäftigung gegenüber dem Stand im Jahre 1990 um rund 0,8 Mill. Personen zu rechnen.

Wie sich das Potential an Erwerbspersonen entwickeln wird, hängt von der Bevölkerungsentwicklung und der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung ab. Bezieht man das Erwerbspersonenpotential auf die Bevölkerung im erwerbs-

Tabelle 9

Erwerbsbeteiligung und Arbeitsmarkt¹⁾

	1973	1980	1983	1986	1990	1995	2000
Wohnbevölkerung	61,98	61,57	61,42	60,95	60,77	60,44	59,59
davon							
15 bis unter 65 Jahre	39,51	40,83	42,39	42,74	42,02	40,86	39,92
Männer	19,26	20,25	21,10	21,42	21,21	20,68	20,18
Frauen	20,25	20,58	21,29	21,32	20,81	20,18	19,74
Potentialerwerbsquote in vH ²⁾							
Männer	89,3	85,0	83,0	82,6	83,5	83,3	83,0
Frauen	49,9	51,6	52,6	53,8	55,2	55,6	56,5
Erwerbspersonenpotential	27,28	27,84	28,71	29,17	29,20	28,45	27,90
Männer	17,19	17,22	17,52	17,69	17,71	17,23	16,75
Frauen	10,09	10,62	11,19	11,48	11,49	11,22	11,15
Stille Reserve	0,09	0,62	1,12	1,15	1,19	0,75	0,46
Erwerbspersonen	27,20	27,22	27,59	28,02	28,01	27,70	27,44
Erwerbstätige	26,92	26,33	25,33	25,79	25,72	26,19	26,49
Arbeitslose	0,27	0,89	2,26	2,23	2,29	1,50	0,96

1) Mill. Personen, Inländerkonzept, Jahresdurchschnittswerte. — 2) Bezogen auf die 15- bis unter 65jährigen.
Quellen: Bis 1986 IAB und Statistisches Bundesamt; danach eigene Berechnungen auf der Basis der Grundvariante der Bevölkerungsprognose des DIW.

fähigen Alter, so zeigt sich, daß bei den Männern in den letzten Jahren nur geringfügige Schwankungen dieses Anteils um etwa 83 vH zu beobachten waren. Disaggregierte Berechnungen auf der Basis der letzten Bevölkerungsfortschreibung des DIW⁴ haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich auch künftig an diesen Anteilen nicht viel ändern wird.

Bei den Frauen nimmt die altersspezifische Erwerbsbeteiligung jedoch ständig zu. Seit 1980 hat sich der Anteil derjenigen Frauen an den 15- bis 64jährigen Frauen, die einen Arbeitsplatz suchen, jährlich um etwa 0,4 Prozentpunkte vergrößert. Dieser Trend ist auch in Phasen konjunktureller Abschwächung nicht unterbrochen worden. Auch durch den Altersaufbau bedingt, wird sich die weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen künftig in etwas geringeren Anteilzunahmen niederschlagen. Dies gilt insbesondere für die erste Hälfte der neunziger Jahre.

Darüber hinaus ist jedoch auch eine Abschwächung der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung der Frauen angenommen worden. Die Zunahme der Frauenerwerbsquote um 2,7 Prozentpunkte auf 56,5 vH in dem 14-Jahres-Zeitraum von 1986 bis 2000 läßt sich daher als eine vorsichtige Fortschreibung des bisherigen Trends interpretieren.

Unter diesen Bedingungen wird die Lücke zwischen Arbeitskräfteangebot und -bedarf im Jahr 2000 1,4 Mill. Personen betragen. Welcher Teil davon auf Personen entfällt, die nicht als arbeitslos registriert sind (stille Reserve), läßt sich für einen so langen Zeitraum kaum vorhersagen. Hier wurde angenommen, daß es wie bisher schätzungsweise ein Drittel sein wird. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird damit nur geringfügig unter 1 Mill. liegen.

Preise, Löhne, Einkommensverteilung

Eine wichtige Bestimmungsgröße für die Entwicklung der Preise der inländischen Nachfragebereiche und der Ausfuhr sind die Stückkosten. Neben den Lohn- und Kapitalstückkosten spielen die Belastung mit indirekten Steuern und die Kosten für importierte Vorleistungen eine wesentliche Rolle.

In den letzten Jahren haben sich die Lohnsätze deutlich schwächer erhöht als die Summe aus Produktivitäts- und Preissteigerungsraten. Dementsprechend ist die Lohnquote — der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Sozialprodukt — seit 1982 ständig zurückgegangen. Für das Referenzszenario ist angenommen worden, daß es 1990 zu einer gegenüber 1986 nur geringfügig höheren Lohnquote kommt. Da für die neunziger Jahre einfuhrpreisbedingte Entlastungen des inländischen Preisniveaus nicht mehr zu erwarten sind, sind Lohnsteigerungsraten, die sich — wie hier angenommen worden ist — an der Summe aus Produktivitäts- und Preissteigerungsraten des privaten Verbrauchs orientieren, weitgehend verteilungsneutral.

Damit ergeben sich für die Lohnstückkosten im Unternehmensbereich bis 1990 jahresdurchschnittliche Steigerungsraten von 2,4 vH; in den neunziger Jahren schwächt sich dieser Anstieg auf 2,2 vH ab. Die Verteuerung der Einfuhren ist bis 1990 merklich und danach nur wenig geringer als der Preisanstieg für die Güterverwendung im Inland, so daß sich die Importstückkosten tendenziell dämp-

⁴ Längerfristige Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: B. Koss. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 24/84, S. 277 ff.

Tabelle 10

Einkommensverteilung
Mrd. DM

	1973	1980	1986	1990	1995	2000
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit	510,9	844,4	1 039,1	1 193	1 512	1 869
Abgaben	194,2	357,2	475,6	545	707	912
Nettolohn- und -gehaltsumme	316,7	487,2	563,5	648	805	957
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	211,0	304,2	475,1	501	611	736
Abgaben	47,7	62,1	73,3	74	87	105
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	163,3	242,1	401,8	427	524	631
Volkseinkommen	721,9	1 148,6	1 514,2	1 694	2 123	2 605
Abschreibungen	94,6	173,7	239,4	287	358	446
Indirekte Steuern ./ Subventionen	102,4	162,9	195,4	236	285	337
Bruttosozialprodukt	918,9	1 485,2	1 949,0	2 217	2 766	3 388
Nachrichtlich:						
Lohnquote in vH, bezogen auf das Bruttosozialprodukt	55,6	56,9	53,3	53,8	54,7	55,2
Jahresdurchschnittliche Veränderungen in vH						
		1980/ 1973	1986/ 1980	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit		7,4	3,5	3,5	4,9	4,3
Abgaben		9,1	4,9	3,5	5,3	5,2
Nettolohn- und -gehaltsumme		6,3	2,5	3,6	4,4	3,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		5,4	7,7	1,4	4,1	3,8
Abgaben		3,8	2,8	0,4	3,2	3,8
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		5,8	8,8	1,5	4,2	3,8
Volkseinkommen		6,9	4,7	2,9	4,6	4,2
Abschreibungen		9,1	5,5	4,6	4,5	4,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen		6,9	3,1	4,8	3,9	3,4
Bruttosozialprodukt		7,1	4,6	3,3	4,5	4,1
Nachrichtlich:						
Durchschnittseinkommen in DM je Arbeitsstunde		8,4	4,5	4,2	4,9	4,7
<i>Quellen:</i> Siehe Tabelle 2.						

fend auf den Preisanstieg auswirken. Auch von der Entwicklung der indirekten Steuern sind trotz der angenommenen Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt im Jahr 1990 keine erheblichen Preiseffekte zu erwarten. Im Ergebnis weicht somit der Preisanstieg für das Sozialprodukt nur bis 1990 von der Entwicklung der Lohnstückkosten nach oben ab. In den neunziger Jahren entsprechen sich die Zuwachsraten weitgehend.

Die Preisentwicklung der Ausfuhrgüter hängt nicht nur von den Stückkosten ab, sondern wird auch von der Preis-

entwicklung auf den Weltmärkten beeinflusst. Hinzu kommt, daß es für die deutschen Exporteure tendenziell schwieriger wird, ihre Marktposition zu verbessern, ohne den Preistrend auf den Weltmärkten zu unterschreiten. Die durchschnittlichen jährlichen Exportpreissteigerungen werden deshalb etwas unter denen für die Güterverwendung im Inland liegen, bis 1990 wird der Abstand fast einen Prozentpunkt betragen.

Die Preisentwicklung der Einfuhr hängt von der Preisentwicklung auf den Weltmärkten und den Wechsel-

kursen ab. Für die Waren ohne Rohöl und Mineralölzeugnisse ist angenommen worden, daß die in der Vergangenheit beobachteten Elastizitäten in bezug auf diese Größen auch in Zukunft gültig sein werden. Die Einfuhr von Rohöl und Mineralölzeugnissen dürfte sich wieder stärker verteuern. Der Abstand zur Preisentwicklung auf den Weltmärkten wurde hier auf anderthalb Prozentpunkte beziffert.

Damit ergeben sich bis 1990 Einfuhrpreissteigerungen von rund 1,5 vH und in den neunziger Jahren von etwa 2 vH. Die Terms of Trade werden sich wieder verschlechtern.

Unsicherheiten des Referenzszenarios

Die Ergebnisse dieses Szenarios machen deutlich, daß das Ziel der Vollbeschäftigung auch in der Zukunft verfehlt werden wird. Unverändert hohe Arbeitslosigkeit bis 1990 und kaum mehr als eine Halbierung in den zehn Jahren danach sind ein Appell an Wirtschaft und Politik, ihre Handlungsspielräume stärker zu nutzen, als dies im Referenzszenario angenommen worden ist. Insofern hat sich die schon vor drei Jahren getroffene Feststellung, daß es einer gebündelten Strategie zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit bedarf, voll bestätigt.

Dies gilt auch dann, wenn man die Unsicherheiten eines solchen Szenarios in die Betrachtung einbezieht. Drei Faktoren müssen hier vor allem bedacht werden:

- Die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen,
- andere Zusammenhänge von Produktion und Arbeitsproduktivität,
- eine andere Entwicklung des Welthandels und der Wechselkurse.

In den vor drei Jahren angestellten Überlegungen sind für jeden dieser Faktoren gesonderte Berechnungen der Auswirkungen auf den Pfad der wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Richtungen durchgeführt worden. Damals wurden die isolierten Beschäftigungswirkungen einer um einen Prozentpunkt verstärkten Ausweitung des Welthandels unter Berücksichtigung der Folgewirkungen auf 260 000 zusätzliche Erwerbstätige in sechs Jahren beziffert. Für den gleichen Zeitraum führte eine Erhöhung des Wachstums der Arbeitsproduktivität um 0,4 Prozentpunkte, die nicht von einer entsprechenden Erhöhung der Produktion begleitet wurde, zu Beschäftigungseinbußen in der Größenordnung von 700 000 Personen. Diese Ergebnisse zeigen, daß bei — aus anderen Gründen — ungenügendem Wachstum schon eine geringfügig beschleunigte Zunahme der Arbeitsproduktivität die positiven Beschäftigungswirkungen einer nicht unerheblichen Beschleunigung der Ausweitung des Welthandelsvolumens kompensieren würde. Dies ist eine Kombination von Risikofaktoren, die man nicht ausschließen kann. Grundsätzlich gelten für dieses Referenzszenario Risiken ähnlicher

Größenordnung, so daß auf eine erneute Quantifizierung verzichtet werden kann.

Bei der Diskussion der künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials ist bereits darauf hingewiesen worden, daß der hier angenommene Trend der Frauenerwerbstätigkeit an der unteren Grenze der zu erwartenden Entwicklung liegt. Vergleiche mit Projektionen des IAB⁵ unterstreichen diese Einschätzung. Die Ergebnisse des Referenzszenarios für 1990 decken sich mit der unteren Variante des IAB, dessen Schätzungen ein Intervall für das weibliche Erwerbspersonenpotential von 11,5 bis 12,1 Mill. Personen umfassen. Auch für das Jahr 2000 weichen die Ergebnisse mit 11,2 Mill. nur unwesentlich von der unteren Variante des IAB ab. Die Spanne, die das IAB zwischen unterer und oberer Variante für dieses Jahr annimmt, ist jedoch wesentlich größer und reicht von 11,0 bis 12,9 Mill. Frauen. Schon dann, wenn man nur die mittlere Variante des IAB für wahrscheinlich hält, würde dies bedeuten, daß das Erwerbspersonenpotential um 800 000 Personen höher wäre als im Referenzszenario. Allerdings muß man berücksichtigen, daß eine höhere Erwerbsquote der Frauen mit einer Zunahme der Teilzeitarbeit verbunden wäre. Dies würde rechnerisch eine Verstärkung der Arbeitszeitverkürzung bedeuten, von der wiederum ein gewisser Entlastungseffekt auf den Arbeitsmarkt zu erwarten wäre. Im Saldo wird man daher damit rechnen müssen, daß ein stärkerer Anstieg der Erwerbsneigung der Frauen die Arbeitsmarktprobleme verschärfen würde.

Noch schwieriger ist es, den Zusammenhang von Produktionswachstum und Arbeitsproduktivität einigermaßen richtig einzuschätzen. Wie schon oben dargetan, sind Veränderungen der Arbeitsproduktivität nicht notwendigerweise von entsprechenden Veränderungen der Produktion begleitet. Die Gründe dafür können struktureller und gesamtwirtschaftlicher Art sein. Führen zum Beispiel mangelnder Wettbewerb und mangelnde Anpassungsbereitschaft dazu, daß Produktivitätseffekte nicht in den Preisen weitergegeben werden oder daß zum Teil am Markt vorbei produziert wird, ergeben sich für einzelne Produzenten Nachfragerestriktionen. Dies kann aber auch gesamtwirtschaftlich von Bedeutung sein. Bleibt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hinter den Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft zurück, hängt das Ausmaß der damit verbundenen Arbeitslosigkeit von der Höhe des jeweiligen Produktivitätszuwachses ab.

Rein rechnerisch spielt aus diesem Grunde der Produktivitätszuwachs als Risikogröße bei der Vorausschätzung der Beschäftigung eine große Rolle. Dies ist allerdings eine vordergründige Betrachtung. Entscheidend kommt es auf den Zusammenhang von Produktivitätszuwachs und Produktion und damit auf den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage an. Die Höhe der Produktion wird letztlich davon bestimmt, in welchem Ausmaß die gesamt-

⁵ Vgl. M. Thon: Das Erwerbspotential in der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 105, Nürnberg 1986, Tabellen S. 98 u. 117.

wirtschaftliche Nachfrage die Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft ausschöpft. Das Ergebnis dieses Prozesses hängt stärker von der Wirtschaftspolitik, und zwar sowohl in ihrer einzel- als auch in ihrer gesamtwirtschaftlichen Orientierung, ab als von dem technisch bedingten Produktivitätsfortschritt. In der Quantifizierung des Zusammenhangs von Nachfrage und Produktivität liegt das eigentliche Prognoserisiko.

Auch die Entwicklung des Welthandels gehört zu den wichtigen Prognoserisiken. Für die deutsche Wirtschaft ist allerdings auch entscheidend, wie sich der Wechselkurs entwickelt. Dieser wiederum wird von Zinsen und Zinsdifferenzen und von den Vorgängen auf den internationalen Finanzmärkten beeinflusst. Zunehmend treten hier realwirtschaftliche Vorgänge in den Hintergrund. Damit vergrößern sich die Schwierigkeiten einer Prognose, insbesondere, wenn man sich darüber im klaren ist, daß die Gesamtheit der nationalen Geldpolitiken in diesem Zusammenhang von Einfluß ist. Hier können die Dinge sich aber auch besser entwickeln als im Referenzszenario angenommen. Man kann allerdings auch dramatische Veränderungen in der anderen Richtung nicht ausschließen.

Diese wenigen Bemerkungen machen deutlich, wie schwierig es ist, die Risiken des Referenzszenarios quantitativ abzuschätzen. Dies heißt nicht, daß diese Risiken, insbesondere was den Arbeitsmarkt betrifft, ohne Belang wären.

Eine Modernisierungsstrategie für die 90er Jahre

Umso weniger besteht Anlaß, von den Überlegungen, die 1984 zu der Forderung nach einer gebündelten Strategie zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit geführt hatten, im Grundsatz abzuweichen. Damals war sie als eine umfassende Modernisierungsstrategie angelegt, die nicht nur Handeln der wirtschaftspolitischen Instanzen erforderte. Erfolgreich vermag eine solche Strategie nur zu sein, wenn Impulse, die von der Wirtschaftspolitik ausgehen, auch zu Verhaltensänderungen in der Wirtschaft und bei den Tarifparteien führen.

Elemente dieser Strategie waren:

- „— (Eine) Innovationsstrategie für den industriellen Sektor.
- Förderung und Durchsetzung von Umweltinvestitionen im Unternehmensbereich.
- Ausweitung und Verstetigung von Infrastrukturinvestitionen.
- Ausweitung des staatlichen Dienstleistungsangebotes bei Lohnzurückhaltung im öffentlichen Dienst.
- Über den Trend hinausgehende Arbeitszeitverkürzungen einschließlich der Zunahme von Teilzeitarbeit.“⁶

Aus heutiger Sicht sind grundsätzlich nur wenige Modifikationen notwendig. Die Grenzen der industriellen Entwicklung, auch in der Außenwirtschaft, werden freilich heute deutlicher als seinerzeit. Auch die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland muß sich dem Strukturwandel zu den Dienstleistungen öffnen. Daneben steht die Frage, inwieweit die Regulierungen bestimmter Wirtschaftsbereiche einer Überprüfung bedürfen. Häufig geht es nicht darum, Regulierungen vollständig zu beseitigen, sondern überkommene Regulierungen durch neue zu ersetzen. In vielen Fällen ist eine Re-Regulierung wichtiger als eine De-Regulierung.

Als weitere Elemente treten dementsprechend hinzu:

- Begünstigung der Ausweitung des privaten Dienstleistungsangebotes.
- Überprüfung nicht mehr zeitgemäßer Regulierungen.

Die Mehrzahl der hier angesprochenen Strategieelemente setzt an strukturellen Problemen an. Soweit die Schwierigkeiten auch in Nachfragerestriktionen bestehen, reicht dies nicht aus. Einige der Strategieelemente haben aus diesem Grunde auch eine gesamtwirtschaftliche Dimension. Dies gilt insbesondere für Umwelt- und Infrastrukturinvestitionen.

Auch wenn in diesen mittelfristigen Überlegungen konjunkturelle Gesichtspunkte nicht im Vordergrund stehen, kommt es für den Erfolg einer solchen Modernisierungsstrategie darauf an, daß sich die öffentlichen Hände konjunkturgerecht verhalten und die Geldpolitik die Voraussetzung für mehr Wachstum schafft. Eine Strategie, wie sie hier vorgestellt wird, setzt daher auch eine jeweils konjunkturgerechte Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen voraus.

Für die Konzeption einer solchen Strategie sind nicht nur die Inhalte wichtig, sondern es kommt auch auf den Zeitpunkt an, zu dem diese Aktivitäten wirksam werden sollen. Vergegenwärtigt man sich die grundlegenden Determinanten der längerfristigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, so bleibt festzuhalten, daß die neunziger Jahre davon geprägt sein werden, daß das Erwerbspersonenpotential wieder zurückgeht. Zu den zentralen Aufgaben der Wirtschaftspolitik gehört es damit nicht nur, die in den neunziger Jahren immer noch hohe Arbeitslosigkeit zu reduzieren, sondern als erstes die in den nächsten Jahren auf die Arbeitsmärkte drängenden jungen Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, so daß sie als qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wenn das Erwerbspersonenpotential im Verlauf der neunziger Jahre zurückgeht. Nur so läßt sich die Gefahr vermindern, daß es zu stellenweiser Knappheit von Arbeitskräften bestimmter Qualifikationen kommt. Die Wirtschaftspolitik muß also ihre Bemühungen um mehr Beschäftigung auf die ausgehenden achtziger und die beginnenden neunziger Jahre konzentrieren. Darauf zielt die hier vorgestellte Modernisierungsstrategie.

⁶ Vgl. Längerfristige Perspektiven ..., a.a.O., S. 356.

Wenn diese Aufgaben bewältigt werden sollen, müssen grundsätzliche Optionen bedacht werden. Häufig wird die Ansicht vertreten, die Bundesrepublik solle versuchen, ihre Beschäftigungsprobleme in erster Linie durch eine Ausweitung oder zumindest durch Aufrechterhaltung des Anteiles des industriellen Sektors zu lösen. Außenpolitisch und außenwirtschaftlich werden sich hierbei erhebliche Probleme ergeben. Es ist wahrscheinlich, daß die damit einhergehende Vergrößerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte von den Defizitländern nicht auf Dauer hingenommen wird. Zudem ist es keineswegs sicher, daß die erhofften Beschäftigungswirkungen auch tatsächlich eintraten.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten, sind hohe Produktivitätsfortschritte bei der industriellen Produktion erforderlich. Auch bei raschem Produktionswachstum werden damit Beschäftigungszuwächse fraglich. Es ergibt sich ein Wettlauf zwischen der Erschließung zusätzlicher Marktchancen und den dafür notwendigen Produktivitätsfortschritten.

Eine nachhaltige Lösung der Probleme erfordert daher auch Überlegungen zur Binnennachfrage. Es ist wenig wahrscheinlich, daß der Absatz von Industriegütern im Inland mit der Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten, die ein hohes Produktivitätswachstum mit sich bringt, Schritt halten kann, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Bundesrepublik sich Protektionismus bei Industriegütern nicht leisten kann. Dies wird dazu führen, daß die relativen Preise für Industriegüter sinken. Damit wird Kaufkraft frei, die anderweitig eingesetzt werden kann. Hier liegen die Chancen für ein leistungsfähiges Dienstleistungsangebot. Eine umfassende Modernisierungsstrategie darf daher nicht nur auf Innovationen im industriellen Sektor setzen, sie muß darüber hinaus die Fortentwicklung eines leistungsfähigen Dienstleistungssektors begünstigen.

Ein Vergleich mit den meisten westlichen Industrieländern zeigt, daß die hier liegenden Potentiale keineswegs erschlossen sind. Aufgrund ihrer hohen Außenhandelsabhängigkeit wird in der Bundesrepublik der Anteil des industriellen Sektors sicherlich auch in Zukunft größer sein als in anderen Industrieländern, wobei man nicht übersehen darf, daß auch der Außenhandel mit Dienstleistungen eine zunehmende Rolle spielt. Dies heißt aber nicht, daß es nicht eine große Zahl binnenwirtschaftlicher Dienstleistungsfelder gibt, für die Nachfrage erschlossen werden kann, sei sie nun öffentlich oder privat vermittelt.

1984 wurden die Effekte einzelner Strategieelemente isoliert dargestellt⁷. Methodisch ist eine derartige Isolierung problematisch, da die Besonderheit einer gebündelten Strategie im Zusammenwirken der verschiedenen Elemente liegt. In diesem Bericht wurde daher auf eine gesonderte Darstellung der Einzeleffekte verzichtet. In der Größenordnung dürften die 1984 genannten Werte nach wie vor zutreffen.

Auf die Modernisierung des industriellen Sektors zielen:

- Eine Innovationsstrategie für den industriellen Sektor,
- die Förderung und Durchsetzung von Umweltinvestitionen im Unternehmensbereich.

Beide Maßnahmenbündel stehen im Zusammenhang, auch wenn sie sich sehr unterschiedlich auswirken. Innovative Investitionen und die Erneuerung des Anlagevermögens führen für sich genommen zu höherer Produktivität; Umweltinvestitionen sind demgegenüber in der Regel produktivitätsneutral, wenn man ihre positiven externen Effekte außer Betracht läßt. Eine Aufrechterhaltung oder weitere Ausweitung der industriellen Produktion ist jedoch nur möglich, wenn die Umweltprobleme stärker als in der Vergangenheit berücksichtigt werden. Umweltinvestitionen sind daher unabdingbare Voraussetzung für eine auf Output-Steigerung gerichtete Innovationspolitik der Industrie.

In der Modernisierungsstrategie wird angenommen, daß von 1988 an real rund 8 Mrd. DM jährlich zusätzlich investiert werden, die teilweise der Innovation, teilweise dem Umweltschutz dienen. Sie sind durch eine Anhebung der Umweltschutzaufgaben und durch zusätzliche Investitionshilfen erreichbar. Es wurde unterstellt, daß ein Drittel der zusätzlichen Investitionsausgaben mit Investitionszuschüssen der Gebietskörperschaften finanziert wird.

Weiterhin wurde angenommen, daß das Anlagevermögen der Wirtschaft auch dadurch modernisiert wird, daß alte Produktionsanlagen schneller als im Referenzszenario ausgedient werden. Daraus ergeben sich zusätzliche Ersatzinvestitionen. Hierdurch werden sowohl Kapazitäts- als auch Beschäftigungseffekte ausgelöst.

Außerdem wird damit gerechnet, daß es im Zuge der Modernisierung zu einer Beschleunigung des Produktivitätswachstums kommt. Im Unterschied zum Referenzszenario ist angenommen worden, daß die zusätzlichen Produktivitätseffekte nicht vollständig in den Lohnsatzsteigerungen weitergegeben werden. Zwar steigt aufgrund des höheren Wachstums der Reallohn stärker als im Referenzszenario, die Zunahme des Reallohns ist aber geringer als die der Produktivitätssteigerung. Die gesamtwirtschaftliche Lohnquote nimmt zwar noch zu, aber schwächer als im Referenzszenario.

Mit der Modernisierung der Industrie ist eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit verbunden, die dazu führt, daß in Relation zu den Kosten höhere Exportpreise durchgesetzt werden können. Längerfristig werden die Terms of Trade etwas schwächer zurückgehen als im Referenzszenario. Mit der Verbesserung der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit ist auch mit einem etwas höheren Anteil der deutschen Exporteure am Welthandel zu rechnen als im Referenzszenario.

⁷ Vgl. Längerfristige Perspektiven ..., a.a.O., S. 366 ff.

Tabelle 11

Modernisierungsstrategie
Entwicklung wichtiger Kenngrößen

	Durchschnittliche jährliche Veränderungsraten in vH						Differenzen zwischen Referenz- und Strategieszenario in Prozentpunkten		
	Referenzszenario			Strategieszenario			1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995
	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995	1990/ 1986	1995/ 1990	2000/ 1995			
	Einkommensverwendung zu jeweiligen Preisen								
Privater Verbrauch	3,6	4,4	3,8	3,9	4,9	3,9	0,3	0,5	0,1
Anlageinvest. d. Unternehmen	4,3	4,8	4,6	5,2	5,3	4,6	0,9	0,5	0,0
Ausfuhr	2,7	5,7	5,7	3,0	6,3	6,3	0,3	0,6	0,6
Einfuhr	4,6	6,1	5,7	5,2	7,0	6,2	0,7	0,9	0,5
Nachr.: Außenbeitrag in Mrd. DM*)	76	82	107	67	60	84	-9	-22	-23
Bruttosozialprodukt	3,3	4,5	4,1	3,7	4,9	4,2	0,5	0,4	0,1
	Einkommensverwendung zu Preisen von 1980								
Privater Verbrauch	1,8	2,2	1,8	2,2	2,8	2,0	0,4	0,6	0,2
Staatsverbrauch	1,6	1,7	1,7	2,1	1,8	1,4	0,4	0,1	-0,3
Anlageinvest. d. Unternehmen ohne Wohnbauten	1,8	2,6	2,4	2,8	3,1	2,6	1,0	0,5	0,2
Anlageinvest. d. Staates	2,5	3,4	3,1	3,9	4,1	3,3	1,4	0,7	0,2
Ausfuhr	2,0	2,0	2,0	3,5	4,0	4,0	1,5	2,0	2,0
Einfuhr	1,6	3,7	3,8	1,8	4,3	4,3	0,3	0,6	0,5
Nachr.: Außenbeitrag in Mrd. DM*)	3,0	3,9	3,7	3,7	4,8	4,2	0,7	0,9	0,5
Bruttosozialprodukt	35	36	48	27	15	22	-8	-21	-26
	1,3	2,3	2,0	1,7	2,6	2,1	0,5	0,3	0,1
	Preisindizes								
Güterverwendung im Inland	2,1	2,3	2,2	2,0	2,3	2,1	0,0	0,0	-0,1
Ausfuhr	1,2	1,9	1,9	1,2	1,9	1,9	0,0	0,0	0,0
Einfuhr	1,5	2,1	2,0	1,5	2,1	1,9	0,0	0,0	-0,1
Nachr.: Terms of Trade	-0,3	-0,3	-0,1	-0,3	-0,2	0,0	0,0	0,1	0,1
Bruttosozialprodukt	2,0	2,2	2,1	2,0	2,2	2,1	0,0	0,0	0,0
	Einkommensverteilung und Arbeitsmarkt								
Arbeitsprod. (DM/Stunde)	1,8	2,4	2,3	1,9	3,0	2,8	0,1	0,6	0,5
Durchschnittl. jährl. Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,5	-0,8	-1,1	-1,0	-0,3	-0,6	-0,5
Erwerbstätige in 1000 Pers.*)	25 720	26 190	26 490	26 340	27 350	27 750	620	1 160	1 260
Arbeitslose in 1000 Pers.*)	2 290	1 500	960	1 910	720	150	-380	-780	-810
Stundenlohnsatz	4,2	4,9	4,7	4,3	5,3	4,8	0,1	0,4	0,1
Bruttoeink. aus unselbst. Arbeit	3,5	4,9	4,3	4,0	5,1	4,2	0,5	0,2	-0,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	1,4	4,1	3,8	1,9	5,0	4,7	0,6	0,9	0,9
Lohnquote in Prozentpunkten*)	53,8	54,7	55,2	54,0	54,4	54,2	0,1	-0,3	-1,0
Verfügbares Einkommen	3,3	4,4	3,8	3,7	4,9	3,9	0,4	0,5	0,1
	Öffentliche Haushalte								
Einnahmen	3,1	4,7	4,5	3,5	4,7	4,3	0,4	0,0	-0,2
Ausgaben	3,7	4,6	4,3	4,1	4,8	4,1	0,4	0,2	-0,2
Finanzierungssaldo in Mrd. DM*)	-52	-59	-58	-53	-67	-64	-1	-8	-6

*) Werte bzw. Differenzen der Werte im Endjahr des jeweiligen Zeitraums.

Quelle: Eigene Berechnungen.

An vielen Stellen der öffentlichen Infrastruktur ist in den letzten Jahren ein erheblicher Nachholbedarf entstanden. Dazu kommen neue Aufgaben, insbesondere im Bereich des Umweltschutzes, die unabweisbar sind. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Altlasten, auf die das Verursacherprinzip häufig nicht mehr angewendet werden kann. Es ist daher nur folgerichtig, wenn in ein solches Strategiepaket auch die Forderung nach einer Ausweitung und Verstetigung von Infrastrukturinvestitionen einbezogen wird. Es wird angenommen, daß die Gebietskörperschaften das Tempo des Wachstums ihrer Investitionen nach 1987 mit einer Jahresrate von real 4 Prozent gegenüber dem Referenzszenario verdoppeln.

Zu einer umfassenden Modernisierungsstrategie gehört auch

- die Ausweitung des staatlichen Dienstleistungsangebotes.

Das staatliche Dienstleistungsangebot läßt sich nur mit einer Aufstockung der Zahl der beim Staat Beschäftigten ausweiten. Hier ist angenommen worden, daß es bis 1995 zu einer stärkeren Zunahme kommt (etwa 250 000 Personen mehr als im Referenzszenario). Bei diesem Stand ist mit einer verhalteneren Einstellungspolitik gerechnet worden, so daß es im Jahr 2000 nur noch etwa 200 000 Staatsbedienstete mehr geben wird als im Referenzszenario. Diese Entwicklung wird mit einer deutlichen Zunahme von Teilzeitarbeit verbunden sein. Insofern ergibt sich schon von dieser Seite her eine zusätzliche Arbeitszeitverkürzung. Werden vermehrt mittlere Positionen geschaffen, so wird sich der Abstand zwischen den durchschnittlichen Einkommen im öffentlichen und privaten Sektor stärker vermindern, als dies im Referenzszenario angenommen wurde. Im Zuge der Ausweitung des Dienstleistungsangebotes und verursacht durch die Folgekosten der zusätzlichen öffentlichen Investitionen ist auch mit höheren Käufen von Verbrauchsgütern durch die Gebietskörperschaften zu rechnen.

Zu den ungelösten Problemen gehört die

- Ausweitung des privaten Dienstleistungsangebotes.

Es gibt keine einfachen Rezepte, um dies zu erreichen. Wichtig sind ordnungspolitische Maßnahmen, die es erlauben, neben ein öffentliches ein privates Angebot zu stellen. Dazu gehören auch neue Organisationsformen im genossenschaftlichen und selbstverwalteten Bereich. Weiter ist es notwendig, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der auch die Beschäftigung unter den spezifischen Bedingungen des Dienstleistungssektors attraktiv macht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Preisanstieg in diesem Sektor durch die Möglichkeit der Substitution von Dienstleistungen durch Eigenarbeit begrenzt ist.

Desungeachtet gibt es zahlreiche Hinweise dafür, daß im Umgang mit der Freizeit, in Urlaub und Naherholung, in bestimmten Bereichen der Bildung, genügend zusätzliche Nachfrage nach Dienstleistungen privater Unternehmen geweckt werden kann. Die Veränderung des Al-

tersaufbaus der Bevölkerung wird darüber hinaus neue Anforderungen im Bereich Gesundheit und bei den sozialen Diensten mit sich bringen.

Angenommen wird eine zusätzliche Beschäftigung in diesen Bereichen von 300 000 Personen bis zum Jahr 1995, wobei auch indirekte Effekte berücksichtigt werden. In den neuen Dienstleistungsbereichen ist das Produktivitätsniveau relativ niedrig, so daß von hier dämpfende Einflüsse auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ausgehen.

Letztes unverzichtbares Element der Modernisierungsstrategie ist

- eine über den Trend hinausgehende Arbeitszeitverkürzung einschließlich der Zunahme von Teilzeitarbeit.

Neben der Verkürzung der Wochenarbeitszeit wird die Entwicklung stärker als bisher von der Zunahme der Teilzeitarbeit getragen werden. Internationale Erfahrungen zeigen, daß insbesondere eine ins Gewicht fallende Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zu zusätzlicher Teilzeitarbeit führt. Dabei wäre es erwünscht, wenn dies nicht nur Frauen beträfe, sondern wenn auf der Grundlage einer geänderten Arbeitsteilung in der Familie auch mehr Männer eine Teilzeittätigkeit anstreben. Nach den verfügbaren Informationen gibt es sehr viele Wünsche nach derartigen Tätigkeiten. Das Angebot an Arbeitsplätzen bleibt hier hinter der Nachfrage zurück. Notwendig ist auch an dieser Stelle eine Rahmengesetzgebung, die für eine ausreichende sozial- und arbeitsrechtliche Sicherung von Teilzeitarbeitsverhältnissen Sorge trägt. Auch die Entwicklung des Dienstleistungssektors, in dem grundsätzlich Produktion und Verwendung des zu erstellenden Gutes zusammenfallen, wird zu einer Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen führen, wie dies schon heute zu beobachten ist.

Auch hier dürfen die mittelfristigen Aspekte nicht übersehen werden. Vor dem Hintergrund einer möglichen Verknappung von Arbeitskräften, die zumindest in struktureller Hinsicht bei der hier vorgeschlagenen Strategie nicht auszuschließen ist, kommt es darauf an, Flexibilitätspotentiale zu erhalten. Bei Arbeitszeitverkürzungen sollte daher darauf geachtet werden, daß sie reversibel sind.

Während im Referenzszenario die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit alles in allem rechnerisch um etwa 3 Wochenstunden abnimmt, ist hier ein Rückgang um 6 Wochenstunden angenommen worden.

Betrachtet man die Simulationsergebnisse für die umfassende Modernisierungsstrategie, so zeigt sich, daß Chancen bestehen, auf diese Weise den dringendsten Problemen zu begegnen. Zwar werden die Arbeitsmarktbedingungen bis in die Mitte der neunziger Jahre schwierig bleiben. Ein Abbau der Arbeitslosigkeit ist aber möglich. Wichtiger noch sind allerdings die hierdurch erreichbaren strukturellen Verbesserungen. Nur eine heute schon in Angriff genommene Strategie zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit bietet die Voraussetzung für eine Inte-

gration der jungen Generation, die zur Bewältigung der Probleme in den nächsten Jahrzehnten dringend benötigt wird.

Wenn es gelingt, eine solche Modernisierungsstrategie schon bald in Gang zu bringen, ist bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre mit einer ins Gewicht fallenden Beschleunigung des Produktionswachstums um fast einen halben Prozentpunkt zu rechnen. Die zu erwartenden Effekte bei der Stundenproduktivität und der Arbeitszeit werden sich etwa kompensieren, so daß die Beschleunigung des Produktionswachstums zu einer ebenso großen Beschleunigung im Beschäftigungszuwachs führt. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß 1995 die Zahl der Arbeitslosen mit 800 000 nur etwa halb so hoch sein wird wie im Referenzszenario.

Von dem dann erreichten Niveau verläuft die Entwicklung im großen und ganzen in den gleichen Bahnen wie

im Referenzszenario, wobei im Jahr 2000 praktisch Vollbeschäftigung erreicht wird. Die günstige Situation bei der Arbeitslosenversicherung kann für Beitragssatzsenkungen (1990 um $\frac{1}{4}$, von 1995 an um einen Prozentpunkt) genutzt werden. Auch die Rentenversicherung kommt mit einem niedrigeren Beitragssatz aus, weil die für die Ausgaben maßgebenden Nettoeinkommen je Beschäftigten — wegen der Zunahme der Teilzeitarbeit und der Verkürzung der Wochenarbeitszeit — weniger stark, die für die Einnahmen maßgeblichen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit aber stärker zunehmen als im Referenzszenario. Die Finanzierungsposition der öffentlichen Haushalte wird dann kaum tangiert. Die — gegenüber dem Referenzszenario — geringfügige Erhöhung des Finanzierungsdefizits bis 1995 (67 Mrd. DM gegenüber 59 Mrd. DM) wird in der Zeit danach wieder langsam abgebaut.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 76 **Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe von Berlin (West)**. Eine Repräsentativerhebung für die Jahre 1977 bis 1981. Von Kurt Hornschild. VII, 161 S. 1983. DM 56,—.
- Heft 77 **Die Entwicklung des Personenverkehrs in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000**. Von Hartmut Kuhfeld und Joachim Niklas unter Mitarbeit von Jutta Kloas. 156 S. 1983. DM 76,—.
- Heft 78 **Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland — Entwicklung, Handel, Politik** —. Von Hans J. Petersen, Fritz Franzmeyer, Peter Hrubesch, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Herbert Wilkens. 330 S. 1984. DM 88,—.
- Heft 79 **Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel**. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1983. 230 S. 1984. DM 68,—.
- Heft 80 **Auswirkungen des Strukturwandels auf den Arbeitsmarkt, Anforderungen des Strukturwandels an das Beschäftigungssystem**. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Ulrich Brasche, Christoph F. Büchtemann, Wolfgang Jeschek und Werner Müller. 255 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 81 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen von Veränderungen der Struktur des öffentlichen Sektors** — Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983 — Von Bernd Bartholmai, Oskar de la Chevallerie, Volker Meinhardt, Frank Stille, Dieter Teichmann und Dieter Vesper. 266 S. 1984. DM 76,—.
- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege**. Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen**. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre**. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze**. Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel**. Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980**. Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung**. Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich**. Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt**. Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/ I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil**. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/ II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte**. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West)**. Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse** —. Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild**. Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels, Statistik und EDV: Françoise Neumann. 364 S. 1987. DM 88,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abschließungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abschließungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000.

Bearbeitet von Jürgen Blazejczak, Wolfgang Kirner und Hans-Jürgen Krupp.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.